

Investitionsbank Berlin
Bundesallee 210
10719 Berlin

Selbstauskunft für Vermieter und Investoren

Wenn die Selbstauskunft durch Ihren Steuerberater bzw. Wirtschaftsprüfer testiert ist, sind zusätzliche Unterlagen bzw. Nachweise zum Einkommen und Vermögen in der Regel nicht erforderlich. Vorsorglich enthält die Selbstauskunft jedoch die Vollmacht für Ihren Steuerberater bzw. Wirtschaftsprüfer, weitere Auskünfte zu erteilen und Nachweise zu führen. Ist die Selbstauskunft nicht testiert, fügen Sie bitte Einkommensnachweise für die letzten drei Jahre (Kopien der Steuerbescheide, Jahresabschlüsse, Überschussrechnungen, Gehaltsbescheinigungen u. ä.) sowie aktuelle Vermögensnachweise (Depot-/Kontoauszüge u. ä.) bei.

I. Angaben zur Person

Person

Nachname

Vorname (bitte alle Vornamen angeben)

Geburtsdatum

Geburtsort

Geburtsname

Straße und Haus-Nr.

PLZ

Ort

Personalausweis-Nr./ Pass-Nr.

Ausstellende Behörde des Ausweises / Passes

Staatsangehörigkeit (wenn nicht EU-Staatsangehörigkeit, bitte unbefristete Aufenthaltserlaubnis in Kopie beifügen)

Steuer-ID

Familienstand

☐ ledig ☐ verheiratet ☐ geschieden ☐ verwitwet

Wirtschafts-ID

Güterstand

☐ gesetzlich ☐ vereinbart

Telefon-Nr. privat

Telefon-Nr. tagsüber

Telefax

E-Mail

Beruflicher Status

Tätigkeit/Stellung im Leben:

☐ Angestellte/r ☐ Arbeiter/in ☐ Beamte/r ☐ Hausfrau/-mann ☐ Elternzeit
☐ Rentner/in Pensionär/in ☐ Auszubildende/r ☐ Student/in ☐ ohne berufliche Tätigkeit

z.Zt. ausgeübte Tätigkeit

Arbeitgeber

Beschäftigt seit

Ich befinde mich derzeit

a) in einem ungekündigten Arbeitsverhältnis ☐ Ja ☐ Nein

b) in einem unbefristeten Arbeitsverhältnis ☐ Ja ☐ Nein

Wenn nein, befristet bis:

c) in der Probezeit

☐ Ja ☐ Nein

Wenn ja, Probezeit bis:

Selbständige/r*

☐ Ja ☐ Nein

Selbstständig als

Selbstständig seit

Erlerner Beruf

Firma

Branche

*Bitte füllen Sie das Formular "[Anlage zur Selbstauskunft](#)" aus und senden Sie es an die IBB.

Weitere unterhaltsberechtigte Personen

	Name	Vorname	Geburtsdatum	Verwandtschaftsverhältnis	zieht mit ein
1.	<input type="text"/>	<input type="text"/>	<input type="text"/>	<input type="text"/>	<input type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Nein
2.	<input type="text"/>	<input type="text"/>	<input type="text"/>	<input type="text"/>	<input type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Nein
3.	<input type="text"/>	<input type="text"/>	<input type="text"/>	<input type="text"/>	<input type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Nein

Berufstätig

Ausgeübter Beruf

1. Person ☐ Ja ☐ Nein

2. Person ☐ Ja ☐ Nein

3. Person ☐ Ja ☐ Nein

II. Angaben zum Einkommen (in TEUR)

Einkünfte aus	der letzten 3 Jahre			lfd. Jahr bis dato
	20	20	20	
nichtselbständiger Arbeit (gem. Gehaltsabrechnung)				
Brutto				
Netto				
Selbständige Arbeit (gem. Ausweis Anlage S der Steuererklärung)				
Gewerbebetrieb (gem. Ausweis Anlage G der Steuererklärung)				
Kapitalvermögen (gem. Ausweis Anlage KAP der Steuererklärung)				
Vermietung / Verpachtung (gem. Immobilienaufstellung)				
Pensionen, Renten, Pflegegeld (gem. Bescheid Versorgungsträger)				
Sonderzahlungen (z.B. regelmäßige Tantiemen, Weihnachtsgeld)				
Kindergeld				
Unterhaltsleistungen				
Sonstiges				
Art: _____				
Summe				

Einkommen in Nicht-EURO-Währung ☐ Ja ☐ Nein

Wenn ja, Währung:

Art des Einkommens:

III. Angaben zu den privaten Ausgaben in TEUR

Ausgaben in 20 (i.d.R. Vorjahr)

Bruttowarmmiete/Wohngeld	
Wenn Vermietung / Verpachtung:	
Finanzierungen Immobilien (Leistungsraten aller Objekte gem. Immobilienaufstellung)	
Bewirtschaftungskosten Immobilien (aller Objekte gem. Immobilienaufstellung)	
Sonstige Finanzierungen (z.B. Leasing, selbstgenutztes Wohneigentum)	
Lebenshaltungskosten	
Private Altersvorsorge, Private Rentenversicherung	
Bausparen	
Private Krankenversicherung (inkl. Freiwillige Zusatzversicherung)	
Unterhaltszahlungen	
Sonstiges	
Steuern auf alle Einkünfte (gem. Steuerbescheid)	
Summe	
Saldo	

IV. Vermögensverhältnisse in TEUR

	Vermögenswerte	Verbindlichkeiten
<u>Grundvermögen /-verbindlichkeiten</u>		
Summe Grundvermögen (gem. Immobilienaufstellung)	<input type="text"/>	
Summe Grundschulden / Hypotheken		<input type="text"/>
<u>Betriebsvermögen /-verbindlichkeiten sowie Beteiligungen</u>		
Summe Betriebsvermögen sowie Beteiligungen (gem. Beteiligungsaufstellung)	<input type="text"/>	
Summe Verbindlichkeiten aus Betriebsvermögen sowie Beteiligungen		<input type="text"/>
<u>Kapitalvermögen /-verbindlichkeiten</u>		
Restkapital per:	<input type="text"/>	
Wertpapiere (Kurswert)	<input type="text"/>	
Bar-, Bank-, Bausparguthaben	<input type="text"/>	
Verbindlichkeiten aus Finanzierung von Kapitalvermögen		<input type="text"/>
Verbindlichkeiten / Kredite inkl. Eigenkapitalvorfinanzierungen		<input type="text"/>
davon lang- /mittelfristig		<input type="text"/>
davon kurzfristig (bis 1 Jahr)		<input type="text"/>
<u>Lebensversicherungen</u>		
Werte per:	<input type="text"/>	
Versicherungssumme	<input type="text"/>	
Rückkaufswert	<input type="text"/>	
<u>Steuerverbindlichkeiten</u>		
Summe Steuerverbindlichkeiten		<input type="text"/>
<u>Sonstiges</u>		
Sonstiges Vermögen	<input type="text"/>	
Art:	<input type="text"/>	
Sonstige Verbindlichkeiten		<input type="text"/>
Art:	<input type="text"/>	
Summen	<input type="text"/>	<input type="text"/>
Saldo	<input type="text"/>	

V. Erklärungen/Vollmachten

Ich versichere/Wir versichern, diese Angaben vollständig und nach bestem Wissen gemacht zu haben. Einkommens- und Vermögensnachweise sind beigelegt.

Vorsorglich bevollmächtigte(n) und beauftragte(n) ich/wir hiermit meinen/unseren Steuerberater bzw. Wirtschaftsprüfer, die Richtigkeit meiner/unserer Angaben auf diesem Original oder einer Kopie dieser Selbstauskunft zu bestätigen. Gleichzeitig bevollmächtigte(n) ich/wir ihn, der Investitionsbank Berlin während der gesamten Laufzeit des Darlehens/der Bürgschaft uneingeschränkt Auskunft über meine/unsere wirtschaftlichen Verhältnisse zu erteilen. (Dieser Absatz ist ggf. zu streichen.)

Ein Konkurs-/Vergleichs- oder Insolvenzverfahren hat stattgefunden

☐ nein ☐ ja

Zwangsvollstreckungsmaßnahmen haben stattgefunden

☐ nein ☐ ja

Eine eidesstattliche Versicherung wurde abgegeben

☐ nein ☐ ja

Eine Kreditkündigung wurde mir/uns gegenüber ausgesprochen

☐ nein ☐ ja

Mahnbescheide oder Scheckretouren bzw. Wechselproteste sind vorgekommen

☐ nein ☐ ja

Bürgschaften, Mithaftungen oder ähnliche Verpflichtungen wurden übernommen

☐ nein ☐ ja

In Höhe von (TEUR)

Liegen aktuelle oder schwebende Verfahren vor?

☐ nein ☐ ja

Wenn ja, bitte Erläuterung

Ich versichere, dass die Angaben der Wahrheit entsprechen und nehme zur Kenntnis, dass unrichtige Angaben zur Ablehnung des Antrags führen können. Die IBB ist berechtigt, jederzeit die öffentlichen Register sowie das Grundbuch und die Grundakten einzusehen und einfache oder beglaubigte Abschriften und Auszüge zu beantragen, ebenso Auskünfte bei Versicherungen, Behörden und sonstigen Stellen, insbesondere Kreditinstituten, einzuholen, die sie zur Beurteilung des vorstehenden Antrags für erforderlich halten darf.

☐ Ich habe die „Datenschutzinformationen gemäß Art. 13, 14 und 21 DSGVO“ der IBB (Anlage 1) zur Kenntnis genommen

Ort, Datum

Rechtsverbindliche Unterschrift

Ich bestätige die Richtigkeit vorstehender Angaben nach den mir übergebenen Unterlagen und erteilten Auskünften zu den Einkommensverhältnissen und zu den Vermögensverhältnissen.

Ort, Datum

Stempel bzw. Siegel und Unterschrift des Steuerberaters bzw. Wirtschaftsprüfers

Einwilligung zur Kommunikation per E-Mail

Sie können mit der Investitionsbank Berlin per E-Mail kommunizieren. Da wir Datenschutz und Bankgeheimnis sehr ernst nehmen, empfehlen wir die Nutzung eines E-Mail-Verschlüsselungsverfahrens, weil nur dieses wirkungsvoll personenbezogene oder vertrauliche Informationen schützen kann. Unverschlüsselte E-Mails sind nicht als sicher anzusehen.

Mit dieser Einwilligung erklären Sie sich einverstanden, dass wir Sie per E-Mail kontaktieren dürfen. Wir werden an Sie keine unverschlüsselten E-Mails versenden, die über Ihren Namen und E-Mail-Adresse hinaus personenbezogene Daten enthalten. Sie können diese Einwilligung jederzeit mit Wirkung für die Zukunft widerrufen.

☐ Mit der dargestellten Vorgehensweise bin ich einverstanden. Mir ist bekannt, dass ich diese Einwilligung jederzeit widerrufen kann.

Ort, Datum

Rechtsverbindliche Unterschrift

Datenübermittlung an die SCHUFA und Befreiung vom Bankgeheimnis

Die Investitionsbank Berlin übermittelt im Rahmen dieses Vertragsverhältnisses erhobene personenbezogene Daten über die Beantragung, die Durchführung und Beendigung dieser Geschäftsbeziehung sowie Daten über nicht vertragsgemäßes Verhalten oder betrügerisches Verhalten an die SCHUFA Holding AG, Kormoranweg 5, 65201 Wiesbaden. Rechtsgrundlagen dieser Übermittlungen sind Artikel 6 Absatz 1 Buchstabe b und Artikel 6 Absatz 1 Buchstabe f der Datenschutz-Grundverordnung (DS-GVO). Übermittlungen auf der Grundlage von Artikel 6 Absatz 1 Buchstabe f DS-GVO dürfen nur erfolgen, soweit dies zur Wahrung berechtigter Interessen der Bank/Sparkasse oder Dritter erforderlich ist und nicht die Interessen oder Grundrechte und Grundfreiheiten der betroffenen Person, die den Schutz personenbezogener Daten erfordern, überwiegen. Der Datenaustausch mit der SCHUFA dient auch der Erfüllung gesetzlicher Pflichten zur Durchführung von Kreditwürdigkeitsprüfungen von Kunden (§ 505a des Bürgerlichen Gesetzbuches, § 18a des Kreditwesengesetzes).

Ich befreie die Investitionsbank Berlin insoweit auch vom Bankgeheimnis.

Die SCHUFA verarbeitet die erhaltenen Daten und verwendet sie auch zum Zwecke der Profilbildung (Scoring), um ihren Vertragspartnern im Europäischen Wirtschaftsraum und in der Schweiz sowie ggf. weiteren Drittländern (sofern zu diesen ein Angemessenheitsbeschluss der Europäischen Kommission besteht) Informationen unter anderem zur Beurteilung der Kreditwürdigkeit von natürlichen Personen zu geben. Nähere Informationen zur Tätigkeit der SCHUFA können dem SCHUFA-Informationsblatt nach Art. 14 DS-GVO (siehe Anlage 3) entnommen oder online unter <https://www.schufa.de/de/datenschutz-dsgvo/> eingesehen werden.“

☐ Ich habe das SCHUFA-Informationsblatt zur (Anlage 3) Kenntnis genommen.

Erklärung "Politisch exponierte Person" (PEP)

Gemäß § 10 Abs. 1 Nr. 4 Geldwäschegesetz (GwG) ist die Investitionsbank Berlin (IBB) verpflichtet, den Status „Politisch exponierte Person“ ihrer Kunden und deren wirtschaftlich Berechtigter (soweit vorhanden) zu bestimmen.

Die Definitionen sind im beiliegenden Informationsblatt "Politisch exponierte Person" (PEP) aufgeführt (siehe Anlage 2).

Das beiliegende Informationsblatt "Politisch exponierte Person" (PEP) habe ich zur Kenntnis genommen.

☐ Ich bin **keine** politisch exponierte Person, kein unmittelbares Familienmitglied einer politisch exponierten Person und keine ihr nahestehende Person.

☐ Ich bin **eine** politisch exponierte Person, ein unmittelbares Familienmitglied einer politisch exponierten Person oder eine ihr nahestehende Person.

Nähere Angaben zu meiner Funktion/ Rolle:

Ort, Datum

Rechtsverbindliche Unterschrift

Name des Unterzeichners in Druckbuchstaben

Anlage 1

Informationsblatt/ Erklärung "Politisch exponierte Person" (PEP)

Gemäß § 10 Abs. 1 Nr. 4 Geldwäschegesetz (GwG) ist die Investitionsbank Berlin (IBB) verpflichtet, den Status „Politisch exponierte Person“ ihrer Kunden und deren wirtschaftlich Berechtigter zu bestimmen.

Eine politisch exponierte Personen ist gemäß § 1 Abs. 12 Geldwäschegesetz jede Person, die ein wichtiges öffentliches Amt auf **internationaler, europäischer** oder **nationaler** Ebene ausübt oder ausgeübt hat oder ein öffentliches Amt unterhalb der nationalen Ebene, dessen politische Bedeutung vergleichbar ist, ausübt oder ausgeübt hat.

Personen, die ein wichtiges öffentliches Amt ausüben oder ausgeübt haben:

1. Staatschefs, Regierungschefs, Minister, Mitglieder der Europäischen Kommission, stellv. Minister und Staatssekretäre,
2. Parlamentsabgeordnete und Mitglieder vergleichbarer Gesetzgebungsorgane,
3. Mitglieder der Führungsgremien politischer Parteien,
4. Mitglieder von obersten Gerichtshöfen, Verfassungsgerichtshöfe oder sonstigen hohen Gerichten, gegen deren Entscheidungen im Regelfall kein Rechtsmittel mehr eingelegt werden kann,
5. Mitglieder der Leitungsorgane von Rechnungshöfen,
6. Mitglieder der Leitungsorgane von Zentralbanken,
7. Botschafter, Geschäftsträger und Verteidigungsattachés,
8. Mitglieder der Verwaltungs-, Leitungs- und Aufsichtsorgane staatseigener Unternehmen,
9. Direktoren, stellv. Direktoren, Mitglieder des Leitungsorgans oder sonstige Leiter mit vergleichbarer Funktion in einer zwischenstaatlichen internationalen oder europäischen Organisation.

Eine Person, die seit mindestens einem Jahr keine wichtigen öffentlichen Ämter im Sinne der o. g. Tätigkeiten ausgeübt hat, ist nicht mehr als politisch exponiert zu betrachten.

Familienmitglied ist ein naher Angehöriger, insbesondere

- der Ehepartner oder eingetragene Lebenspartner,
- ein Kind und dessen Ehepartner oder eingetragener Lebenspartner sowie
- jeder Elternteil.

Bekanntermaßen nahestehende Person im Sinne des Gesetzes ist eine natürliche Person, bei der der Grund zur Annahme besteht, dass diese Person

1. gemeinsam mit einer politisch exponierten Person
 - a. wirtschaftlich Berechtigter einer Vereinigung nach § 20 Absatz 1 GwG ist oder
 - b. wirtschaftlich Berechtigter einer Rechtsgestaltung nach § 21 GwG ist,
2. zu einer politisch exponierten Person sonstige enge Geschäftsbeziehungen unterhält oder
3. alleiniger wirtschaftlich Berechtigter
 - a. einer Vereinigung nach § 20 Absatz 1 GwG ist oder
 - b. einer Rechtsgestaltung nach § 21 GwG ist, bei der der Grund zur Annahme besteht, dass die Errichtung faktisch zugunsten einer politisch exponierten Person erfolgte.

Anlage 2

SCHUFA-Information

1. Name und Kontaktdaten der verantwortlichen Stelle sowie des betrieblichen Datenschutzbeauftragten

SCHUFA Holding AG, Kormoranweg 5, 65201 Wiesbaden, Tel.: +49 (0) 6 11-92 78 0

Der betriebliche Datenschutzbeauftragte der SCHUFA ist unter der o.g. Anschrift, zu Hd. Abteilung Datenschutz oder per E-Mail unter datenschutz@schufa.de erreichbar.

2. Datenverarbeitung durch die SCHUFA

2.1 Zwecke der Datenverarbeitung und berechtigte Interessen, die von der SCHUFA oder einem Dritten verfolgt werden

Die SCHUFA verarbeitet personenbezogene Daten, um berechtigten Empfängern Informationen zur Beurteilung der Kreditwürdigkeit von natürlichen und juristischen Personen zu geben. Hierzu werden auch Scorewerte errechnet und übermittelt. Sie stellt die Informationen nur dann zur Verfügung, wenn ein berechtigtes Interesse hieran im Einzelfall glaubhaft dargelegt wurde und eine Verarbeitung nach Abwägung aller Interessen zulässig ist. Das berechtigte Interesse ist insbesondere vor Eingehung von Geschäften mit finanziellem Ausfallrisiko gegeben. Die Kreditwürdigkeitsprüfung dient der Bewahrung der Empfänger vor Verlusten im Kreditgeschäft und eröffnet gleichzeitig die Möglichkeit, Kreditnehmer durch Beratung vor einer übermäßigen Verschuldung zu bewahren. Die Verarbeitung der Daten erfolgt darüber hinaus zur Betrugsprävention, Seriositätsprüfung, Geldwäscheprävention, Identitäts- und Altersprüfung, Anschriftenermittlung, Kundenbetreuung oder Risikosteuerung sowie der Tarifierung oder Konditionierung. Über etwaige Änderungen der Zwecke der Datenverarbeitung wird die SCHUFA gemäß Art. 14 Abs. 4 DS-GVO informieren.

2.2 Rechtsgrundlagen für die Datenverarbeitung

Die SCHUFA verarbeitet personenbezogene Daten auf Grundlage der Bestimmungen der Datenschutz-Grundverordnung. Die Verarbeitung erfolgt auf Basis von Einwilligungen sowie auf Grundlage des Art. 6 Abs. 1 Buchstabe f DS-GVO, soweit die Verarbeitung zur Wahrung der berechtigten Interessen des Verantwortlichen oder eines Dritten erforderlich ist und nicht die Interessen oder Grundrechte und Grundfreiheiten der betroffenen Person, die den Schutz personenbezogener Daten erfordern, überwiegen. Einwilligungen können jederzeit gegenüber dem betreffenden Vertragspartner widerrufen werden. Dies gilt auch für Einwilligungen, die bereits vor Inkrafttreten der DS-GVO erteilt wurden. Der Widerruf der Einwilligung berührt nicht die Rechtmäßigkeit der bis zum Widerruf verarbeiteten personenbezogenen Daten.

2.3 Herkunft der Daten

Die SCHUFA erhält ihre Daten von ihren Vertragspartnern. Dies sind im europäischen Wirtschaftsraum und in der Schweiz sowie ggf. weiteren Drittländern (sofern zu diesen ein entsprechender Angemessenheitsbeschluss der Europäischen Kommission existiert) ansässige Institute, Finanzunternehmen und Zahlungsdienstleister, die ein finanzielles Ausfallrisiko tragen (z.B. Banken, Sparkassen, Genossenschaftsbanken, Kreditkarten-, Factoring- und Leasingunternehmen) sowie weitere Vertragspartner, die zu den unter Ziffer 2.1 genannten Zwecken Produkte der SCHUFA nutzen, insbesondere aus dem (Versand-)Handels-, eCommerce-, Dienstleistungs-, Vermietungs-, Energieversorgungs-, Telekommunikations-, Versicherungs-, oder Inkassobereich. Darüber hinaus verarbeitet die SCHUFA Informationen aus allgemein zugänglichen Quellen wie öffentlichen Verzeichnissen und amtlichen Bekanntmachungen (Schuldnerverzeichnisse, Insolvenzbekanntmachungen).

2.4 Kategorien personenbezogener Daten, die verarbeitet werden (Personendaten, Zahlungsverhalten und Vertragstreue)

- Personendaten, z.B. Name (ggf. auch vorherige Namen, die auf gesonderten Antrag beauskunftet werden), Vorname, Geburtsdatum, Geburtsort, Anschrift, frühere Anschriften
- Informationen über die Aufnahme und vertragsgemäße Durchführung eines Geschäftes (z.B. Girokonten, Ratenkredite, Kreditkarten, Pfändungsschutzkonten, Basiskonten)
- Informationen über unbestrittene, fällige und mehrfach angemahnte oder titulierte Forderungen sowie deren Erledigung
- Informationen zu missbräuchlichem oder sonstigem betrügerischem Verhalten wie Identitäts- oder Bonitätstäuschungen
- Informationen aus öffentlichen Verzeichnissen und amtlichen Bekanntmachungen
- Scorewerte

2.5 Kategorien von Empfängern der personenbezogenen Daten

Empfänger sind im europäischen Wirtschaftsraum, in der Schweiz sowie ggf. weiteren Drittländern (sofern zu diesen ein entsprechender Angemessenheitsbeschluss der Europäischen Kommission existiert) ansässige Vertragspartner gem. Ziffer 2.3. Weitere Empfänger können externe Auftragnehmer der SCHUFA nach Art. 28 DS-GVO sowie externe und interne SCHUFA-Stellen sein. Die SCHUFA unterliegt zudem den gesetzlichen Eingriffsbefugnissen staatlicher Stellen.

2.6 Dauer der Datenspeicherung

Die SCHUFA speichert Informationen über Personen nur für eine bestimmte Zeit.

Maßgebliches Kriterium für die Festlegung dieser Zeit ist die Erforderlichkeit. Für eine Prüfung der Erforderlichkeit der weiteren Speicherung bzw. die Löschung personenbezogener Daten hat die SCHUFA Regelfristen festgelegt. Danach beträgt die grundsätzliche Speicherdauer von personenbezogenen Daten jeweils drei Jahre taggenau nach deren Erledigung. Davon abweichend werden z.B. gelöscht:

- Angaben über Anfragen nach zwölf Monaten taggenau
- Informationen über störungsfreie Vertragsdaten über Konten, die ohne die damit begründete Forderung dokumentiert werden (z. B. Girokonten, Kreditkarten, Telekommunikationskonten oder Energiekonten), Informationen über Verträge, bei denen die Evidenzprüfung gesetzlich vorgesehen ist (z.B. Pfändungsschutzkonten, Basiskonten) sowie Bürgschaften und Handelskonten, die kreditorisch geführt werden, unmittelbar nach Bekanntgabe der Beendigung.

- Daten aus den Schuldnerverzeichnissen der zentralen Vollstreckungsgerichte nach drei Jahren taggenau, jedoch vorzeitig, wenn der SCHUFA eine Löschung durch das zentrale Vollstreckungsgericht nachgewiesen wird
- Informationen über Verbraucher-/Insolvenzverfahren oder Restschuldbefreiungsverfahren taggenau drei Jahre nach Beendigung des Insolvenzverfahrens oder Erteilung der Restschuldbefreiung. In besonders gelagerten Einzelfällen kann auch abweichend eine frühere Löschung erfolgen.
- Informationen über die Abweisung eines Insolvenzantrages mangels Masse, die Aufhebung der Sicherungsmaßnahmen oder über die Versagung der Restschuldbefreiung taggenau nach drei Jahren
- Personenbezogene Vorschreibungen bleiben taggenau drei Jahre gespeichert; danach erfolgt die Prüfung der Erforderlichkeit der fortwährenden Speicherung für weitere drei Jahre. Danach werden sie taggenau gelöscht, sofern nicht zum Zwecke der Identifizierung eine länger währende Speicherung erforderlich ist.

3. **Betroffenenrechte**

Jede betroffene Person hat gegenüber der SCHUFA das Recht auf Auskunft nach Art. 15 DS-GVO, das Recht auf Berichtigung nach Art. 16 DS-GVO, das Recht auf Löschung nach Art. 17 DS-GVO und das Recht auf Einschränkung der Verarbeitung nach Art. 18 DS-GVO. Die SCHUFA hat für Anliegen von betroffenen Personen ein Privatkunden ServiceCenter eingerichtet, das schriftlich unter SCHUFA Holding AG, Privatkunden ServiceCenter, Postfach 10 34 41, 50474 Köln, telefonisch unter +49 (0) 6 11-92 78 0 und über ein Internet-Formular unter www.schufa.de erreichbar ist. Darüber hinaus besteht die Möglichkeit, sich an die für die SCHUFA zuständige Aufsichtsbehörde, den Hessischen Datenschutzbeauftragten, zu wenden. Einwilligungen können jederzeit gegenüber dem betreffenden Vertragspartner widerrufen werden.

**Nach Art. 21 Abs. 1 DS-GVO kann der Datenverarbeitung aus Gründen,
die sich aus der besonderen Situation der betroffenen Person ergeben, widersprochen werden.
Der Widerspruch kann formfrei erfolgen und ist zu richten an
SCHUFA Holding AG, Privatkunden ServiceCenter, Postfach 10 34 41, 50474 Köln.**

4. **Profilbildung (Scoring)**

Die SCHUFA-Auskunft kann um sogenannte Scorewerte ergänzt werden. Beim Scoring wird anhand von gesammelten Informationen und Erfahrungen aus der Vergangenheit eine Prognose über zukünftige Ereignisse erstellt. Die Berechnung aller Scorewerte erfolgt bei der SCHUFA grundsätzlich auf Basis der zu einer betroffenen Person bei der SCHUFA gespeicherten Informationen, die auch in der Auskunft nach Art. 15 DS-GVO ausgewiesen werden. Darüber hinaus berücksichtigt die SCHUFA beim Scoring die Bestimmungen § 31 BDSG. Anhand der zu einer Person gespeicherten Einträge erfolgt eine Zuordnung zu statistischen Personengruppen, die in der Vergangenheit ähnliche Einträge aufwiesen. Das verwendete Verfahren wird als „logistische Regression“ bezeichnet und ist eine fundierte, seit langem praxiserprobte, mathematisch-statistische Methode zur Prognose von Risikowahrscheinlichkeiten.

Folgende Datenarten werden bei der SCHUFA zur Scoreberechnung verwendet, wobei nicht jede Datenart auch in jede einzelne Scoreberechnung mit einfließt: Allgemeine Daten (z.B. Geburtsdatum, Geschlecht oder Anzahl im Geschäftsverkehr verwendeter Anschriften), bisherige Zahlungsstörungen, Kreditaktivität letztes Jahr, Kreditnutzung, Länge Kredithistorie sowie Anschriftendaten (nur wenn wenige personenbezogene kreditrelevante Informationen vorliegen). Bestimmte Informationen werden weder gespeichert noch bei der Berechnung von Scorewerten berücksichtigt, z.B.: Angaben zur Staatsangehörigkeit oder besondere Kategorien personenbezogener Daten wie ethnische Herkunft oder Angaben zu politischen oder religiösen Einstellungen nach Art. 9 DS-GVO. Auch die Geltendmachung von Rechten nach der DS-GVO, also z.B. die Einsichtnahme in die bei der SCHUFA gespeicherten Informationen nach Art. 15 DS-GVO, hat keinen Einfluss auf die Scoreberechnung.

Die übermittelten Scorewerte unterstützen die Vertragspartner bei der Entscheidungsfindung und gehen dort in das Risikomanagement ein. Die Risikoeinschätzung und Beurteilung der Kreditwürdigkeit erfolgt allein durch den direkten Geschäftspartner, da nur dieser über zahlreiche zusätzliche Informationen – zum Beispiel aus einem Kreditantrag - verfügt. Dies gilt selbst dann, wenn er sich einzig auf die von der SCHUFA gelieferten Informationen und Scorewerte verlässt. Ein SCHUFA-Score alleine ist jedenfalls kein hinreichender Grund einen Vertragsabschluss abzulehnen.

Weitere Informationen zum Kreditwürdigkeitsscoring oder zur Erkennung auffälliger Sachverhalte sind unter www.scoring-wissen.de erhältlich.